



AMERIKA/GUATEMALA - Bergwerkskonflikte: Bischof fordert „Verhinderung von Gewalt und Schutz der Rechte“

Jalapa (Fidesdienst) – Angesichts der jüngsten Episoden der Gewalt bittet Bischof Julio Cabrera Ovalle von Jalapa (Guatemala) um den Erhalt des sozialen Friedens. Dabei erinnert er die Behörden des Landes daran, dass es ihre Aufgabe ist, Gewalt in der Region zu verhindern. In einer Verlautbarung betont er aber auch, dass „die Regierung dabei die Rechte der Gemeinen respektieren muss und keine Einschüchterungsmaßnahmen gegen Gewerkschafter oder Religionsvertreter ergreifen darf, die zu friedlichen Demonstrationen aufrufen“.

Die Diözese Jalapa hatte ihre Sorge im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen die Indio-Gemeinden bereits in den vergangenen Tagen geäußert, nachdem Soldaten am 2. Mai vier Dörfer im Süden des Lands besetzt hatten und dort der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, wobei es zu zuvor zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und Kritikern eines Bergwerksprojekts eines kanadischen Unternehmens gekommen war. Bei diesen Ausschreitungen starben zwei Menschen, viele wurden verletzt.

Präsident Otto Perez gab bekannt, der Ausnahmezustand werden 30 Tage gelten, so lange bis die Ordnung und die Ruhe wieder hergestellt seien. Unterdessen betonten Vertreter der Gemeinden zusammen mit der katholischen Kirche, dass die Ursache für die sozialen Konflikte vor allem ein „Informationsmangel“ unter der Bevölkerung sei. „Wir sind sicher, dass es nicht zur derzeitigen Situation gekommen wäre, wenn die Regierung die Forderungen der Menschen angehört hätte. Es scheint, als ob dadurch die Interessen der Bergwerksunternehmen geschützt werden sollen und gegen die Interessen der Bevölkerung vorgegangen wird“, heißt es in einer Verlautbarung. (CE) (Fidesdienst, 06/05/2013)